

4/SN-386/ME  
AMT DER  
WIENER LANDESREGIERUNG

MD-1182-3/94

Wien, 28. April 1994

Entwurf eines Bundesgesetzes,  
mit dem das Familienlastenaus-  
gleichsgesetz 1967 geändert  
wird;  
Begutachtung;  
Stellungnahme

Betrifft GESETZENTWURF	
Zl. 32	-GE/19- 69
Datum:	2. MAI 1994
Verteilt	3. Mai 1994

An das  
Präsidium des Nationalrates

*St. Jaurugger*

Das Amt der Wiener Landesregierung beehrt sich, in der Bei-  
lage 25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zu dem im Be-  
treff genannten Gesetzentwurf zu übermitteln.

Für den Landesamtsdirektor:

Dr. Pillmeier  
Obersenatsrat

Beilage  
(25-fach)



**AMT DER  
WIENER LANDESREGIERUNG**Dienststelle **MD-Büro des Magistratsdirektors**Adresse **1082 Wien, Rathaus**Telefonnummer **40 00-82122**

MD-1182-3/94

Wien, 28. April 1994

Entwurf eines Bundesgesetzes,  
mit dem das Familienlastenaus-  
gleichsgesetz 1967 geändert  
wird;  
Begutachtung;  
Stellungnahme

zu GZ 28 0102/1-III/8/94

An das  
Bundesministerium für Umwelt,  
Jugend und Familie

Auf das do. Schreiben vom 6. April 1994 beehrt sich das Amt  
der Wiener Landesregierung folgendes mitzuteilen:

**Zu § 31a Abs. 6:**

Mit dieser Bestimmung sollen die schon bisher angewendeten  
Höchstbeträge für die Anschaffung von Schulbüchern im Fami-  
lienlastenausgleichsgesetz verankert werden, um einen An-  
knüpfungspunkt für weitere Regelungen zu schaffen. Diese  
Obergrenzen nehmen jedoch nicht nur auf Schüler und Schul-  
form Bezug, sondern auch auf die jeweilige Schulstufe. § 31a  
Abs. 6 des Entwurfes wäre daher entsprechend zu ergänzen.

Zu § 31a Abs. 7:

Werden die geltenden Höchstbeträge pro Schüler nur teilweise ausgeschöpft, so darf gemäß § 31a Abs. 7 des Entwurfes die Hälfte des dadurch verbleibenden Betrages für Unterrichtsmittel eigener Wahl verwendet werden, wodurch sich laut Erläuterungen insgesamt Einsparungen (in der Höhe der anderen Hälfte dieses Betrages) ergeben.

Wie in den Erläuterungen ausgeführt wird, liegen bereits derzeit die tatsächlichen Ausgaben für Schulbücher pro Schüler regelmäßig unter den jeweiligen Höchstbeträgen, da die Summe der Schulbuchpreise nur selten genau den Grenzbetrag erreicht, der verbleibende Restbetrag jedoch dann für die Anschaffung eines weiteren Schulbuches nicht ausreicht. Diese Differenz ergibt - laut Erläuterungen - in Summe ca. 50 bis 60 Millionen Schilling.

Die beabsichtigte Regelung ermöglicht es den Schulen, die Obergrenzen weiterhin wie bisher auszuschöpfen und zusätzlich die Hälfte der in der Schule insgesamt entstandenen Restbeträge für Unterrichtsmittel eigener Wahl zu verwenden.

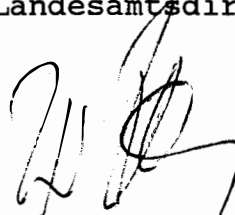
Folgen alle Schulen dieser Methode, so ergeben sich durch die vorliegende Novelle zum Familienlastenausgleichsgesetz anstelle von Einsparungen Mehrausgaben in der Höhe von ca. 25 bis 30 Millionen Schilling!

Es erscheint nach Auffassung des Amtes der Wiener Landesregierung erforderlich, den § 31a Abs. 7 des Entwurfes dahingehend zu ändern, daß zur Festsetzung der frei verwendbaren Mittel anstelle der Differenz der tatsächlichen Ausgaben pro Schüler zu den Obergrenzen die Differenz zu jenen Beträgen herangezogen wird, die beim Neukauf der verwendeten Schulbücher aufgewendet werden müßten. Dadurch würde bewirkt, daß nur bei "echten" Einsparungen durch Wiederverwendung von Schulbüchern den Schulen frei verwendbare Mittel zur Verfügung stehen.

- 3 -

Gleichzeitig werden 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Für den Landesamtsdirektor:

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Dr. Pillmeier', written over the printed name.

Dr. Pillmeier  
Obersenatsrat